

Solidarisch aus der Krise

10 Chancen für eine sichere, sozial gerechte Zukunft in Brandenburg

Kurzfassung

I. Wirksamer Infektionsschutz für alle: Die Pandemie- und Katastrophenschutzpläne sind auf den aktuellen Stand zu bringen: Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel und Krankenhausbetten müssen stets ausreichend verfügbar sein, Test- und Impfstrategien überprüft werden.

Darum sollte sich ein Gremium kümmern, in dem neben Politiker*innen auch Expert*innen und die Zivilgesellschaft vertreten sind – z.B. ein Beirat oder eine Enquete-Kommission.

II. Verlässliche Gesundheitsversorgung: Dank vieler engagierter Menschen ist unser Gesundheitswesen bislang relativ gut durch die Krise gekommen. Probleme gab und gibt es dort, wo das System auf Profitinteresse und Kostensenkung setzt.

Gesundheit ist eine öffentliche Aufgabe, Krankenhäuser sollen in öffentlicher Hand bleiben oder dorthin zurückkehren. Sie brauchen genug Geld, um ihre Mindest-Personalstärke abzudecken und Tariflöhne zu zahlen. Um Standorte zu sichern, sollte das Land mit einer Beteiligungsgesellschaft einspringen. Brandenburg muss den Bund auffordern, die Fallpauschalen abzuschaffen.

III. Brandenburg hat mehr verdient: Corona zeigt, in den »systemrelevanten« Berufen wird man am schlechtesten bezahlt. Von 60 Prozent Kurzarbeitergeld kann man kaum leben. Und aus dem Corona-Bonus ist – außer in der Altenpflege – nichts geworden.

Brandenburg braucht mehr Tarifbindung, damit nicht jene die Kosten der Krise tragen, die ohnehin am meisten belastet sind. Kurzfristig fordern wir ein Kurzarbeitergeld von 90 Prozent, im Niedriglohnsektor von 100 Prozent, und einen armutsfesten Mindestlohn von 13 Euro. Der Vergabemindestlohn in Brandenburg muss spätestens zum Jahreswechsel steigen. Öffentliche Aufträge darf es nur noch für Unternehmen mit Tarifverträgen geben. Deshalb werden wir uns für eine Tariftreuregelung einsetzen – außerdem brauchen wir eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

IV. Wirtschaft und gesellschaftliches Leben mit Zukunft: Kleinbetriebe und Solo-Selbständige machen einen Großteil der Brandenburger Unternehmen aus. Gerade sie hat Corona hart getroffen. Soziale Sicherheit muss aber für alle möglich sein – Selbständigkeit darf nicht zu Selbstausbeutung und Armut führen.

Wir wollen die Betroffenen unterstützen: Wer weniger als zehn Personen beschäftigt, soll Anrecht auf ein Grundeinkommen haben; die gezahlten Soforthilfen sollen unter Vertrauensschutz gestellt werden.

V. Lebensmittelversorgung sicher und gesund – auch für Beschäftigte: Der Corona-Ausbruch bei Tönnies hat die elenden Arbeitsbedingungen in Teilen der Fleischindustrie offengelegt. Auch Erntehelfer*innen arbeiten und leben häufig unter schlechten Bedingungen. Und das Wohl der Tiere fällt in einer immer stärker zentralisierten Produktion unter den Tisch.

Wir setzen auf regionale und kleinteilige Kreisläufe. Damit werden wir widerstandsfähig gegen Krisen und mehr Geld bleibt in der Region. Für Saisonarbeiter*innen und andere Beschäftigte braucht es höhere Sozialstandards, bessere Unterkünfte und faire Löhne.

VI. Schule und Kita – verlässlich, chancengerecht weiter verändern: Kinder und Jugendliche haben besondere Interessen und eine besondere Lebenswelt, die wir auch in Pandemiezeiten schützen müssen. Die Schulschließungen haben Defizite im Bildungswesen verdeutlicht. Fernunterricht geht nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen: Internet, Tablets und andere technische Voraussetzungen – und das für jede Schule und jedes Kind, jede Familie.

Gleichzeitig muss die Medienkompetenz von Kindern wie Erwachsenen gefördert werden. Ohne gut ausgebildetes Personal geht das nicht; nur dies ermöglicht individuelle Förderung. Und erst dann können Lerndefizite aufgeholt werden. Deshalb brauchen wir mehr Stellen z.B. für Schulsozialarbeit und Gesundheit (Schulkrankenschwestern).

VII. Klarheit und Planungssicherheit für Kommunen: Städte und Kreise haben in den letzten Monaten viel geleistet. An ihnen hing das Management der Krise, und sie haben es größtenteils gut gemeistert. Doch Steuerausfälle und Mehrausgaben haben viel gekostet.

Jetzt sind die Helfer auf Hilfe angewiesen – die Kommunen brauchen Unterstützung vom Land, um zahlungsfähig zu bleiben und investieren zu können. Haushaltssperren müssen ausgesetzt, Entschuldungsprogramme aufgelegt werden. Kultur, Jugend und Busverkehr müssen zu Pflichtaufgaben erklärt werden, sonst fallen sie dem Rotstift zum Opfer.

VIII. Grundrechte schützen – Demokratie leben: Wegen der Corona-Krise wurden Grundrechte eingeschränkt, um die Gesundheit zu schützen. Dabei sind schwierige Abwägungen nötig, auf die wir besser vorbereitet sein müssen. Wir müssen in der Lage sein, Pandemien zu bekämpfen, Grundrechte dabei zu wahren und Demokratie zu leben.

Landtag und Kommunalparlamente brauchen gerade in einer »Stunde der Exekutive« starke Informations- und Beteiligungsrechte. Und auch für Bürger*innen muss demokratische Teilhabe zu jeder Zeit möglich sein – z.B. durch Online-Unterschriften von Volksinitiativen oder barrierefreie Livestream-Übertragungen aus Kommunalvertretungen.

IX. Gerechte und saubere Mobilität für alle: Zu Beginn der Pandemie hat man auch in den Städten gemerkt, was es heißt, wenn der Bus nicht kommt. Für Menschen auf dem Land ist das vielerorts Alltag. Doch Mobilität ist ein soziales Grundrecht, und die Verkehrswende ist nur zu schaffen, wenn es überall Alternativen zum Auto gibt. Bis 2030 wollen wir den Anteil von Bus, Bahn, Fuß und Fahrrad am Verkehr von 42 auf 60 Prozent steigern.

Die coronabedingten Einnahme-Ausfälle der Verkehrsunternehmen sind auch aus Landesmitteln zu ergänzen.

Nicht zuletzt die Löhne für die Fahrer*innen müssen steigen, damit der Beruf attraktiver wird. Schülerbeförderung muss überall kostenlos sein und stillgelegte Bahnstrecken müssen wieder in Betrieb gehen.

X. Sicher und bezahlbar wohnen: Corona hat viele in Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit oder eine Auftragsflaute gestürzt. In solchen Zeiten werden teure Mieten umso stärker zum Problem. Wobei bezahlbarer Wohnraum in vielen Teilen Brandenburgs schon vorher Mangelware war.

Wir wollen deshalb ein Krisenprogramm »Soziales Wohnen« auflegen und den sozialen Wohnungsbau stärken. Wohnungsbaugesellschaften sollen gemeinnützig werden und Boden in öffentlicher Hand soll öffentlich bleiben – außerdem prüfen wir, ob Brandenburg eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen sollte.

DIE LINKE. im Landtag Brandenburg (September 2020)